

«In den Gemeinden ist viel in Bewegung»

Regierungsstatthalteramt Trachselwald. Aktuelles aus dem Nationalrat berichtete Hans Grunder, Rüegsau, am traditionellen Herbsttreffen den Gemeinderatspräsidenten und -präsidentinnen sowie den Gemeindeschreibern aus dem Amt Trachselwald. Eine Orientierung zu «Pro Emmental – wie weiter» gab Matthias Moser. Gastrecht bot dem Anlass der Gemeinderat von Lützelflüh, dessen offizieller Teil von Regierungsstatthalter Markus Grossenbacher geleitet wurde.

Im schönen Gotthelfdorf wurden die Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten, sowie die Gemeindeschreiberinnen und -schreiber der zehn Gemeinden im Amt Trachselwald begrüsst. Willkommen hiess Regierungsstatthalter Markus Grossenbacher auch Grossrat Martin Friedli und den Referenten der Tagung Nationalrat Hans Grunder. Ein Grusswort an die Anwesenden richtete auch Beatrice Stettler, Gemeindepräsidentin von Lützelflüh.

Der Regierungsstatthalter des Amtes Trachselwald schätzt die Kontakte zu Politikern und der Verwaltungen sehr. Bei seinem kurzen Rückblick ins vergangene Jahr kam er zum Schluss, dass in den Gemeinden sehr viel in Bewegung sei. Die Bautätigkeit habe einen merklichen Aufschwung erlebt. Dazu wurde in den vom Juni-Unwetter betroffenen Gemeinden viel Arbeit zur Behebung der Schäden geleistet. Gefordert sei aber nach wie vor von allen ein positives Denken, denn viele Veränderungen stünden noch bevor. Es gelte also weiterhin hartnäckig an den anstehenden Aufgaben zu arbeiten.

Energie, Hochwasserschutz und Autobahnzubringer

Nationalrat Hans Grunder referierte über das Thema Energie, Energieversorgung und über eine mögliche zukünftige Energieknappheit. Er ging auf die diesbezüglichen Herausforderungen für die Schweiz wie auch die globalen Rahmenbedingungen ein und machte auf die Tatsache aufmerksam, dass die Schweiz faktisch in die europäischen Energiesysteme integriert ist. Daraus zieht Hans Grunder den Schluss, dass Energiefragen für die Schweiz zunehmend relevant werden. Ein künftiger Energiemix müsse sicher, wirtschaftlich, umwelt- und sozialverträglich sein, hielt Grunder fest und auch die Kernenergie werde an Bedeutung für die Schweiz zunehmen und Energiesparen ein wichtiges Thema bleiben.

Auch über den Hochwasserschutz, dessen Finanzierung und die Gefahrenprävention orientierte Hans Grunder. Die Vorgaben des Bundesrates lauten gesamtschweizerisch vergleichbare Sicherheitsstandards zu haben, Grundsätze der Nachhaltigkeit zu beachten und ein integrales Risikomanagement umzusetzen. Dieses Thema interessierte die Gemeindevertreter besonders, ist das Unwetter 2007 doch immer noch sehr präsent. Als Nationalrat will sich Hans Grunder für die Autobahnzubringer Emmental und Oberaargau einsetzen. Dies versprach er den Gemeindevertretern aus dem Amt Trachselwald.

Pro Emmental – wie weiter? Geschäftsführer Matthias Moser orientierte die Gemeindepolitiker über den Stand der Dinge bei der Organisation Pro Emmental und er meinte, dass für die Marke «Emmental» Mittel bereitgehalten werden müssen. Er tat seine Hoffnung kund, dass sich Geldquellen finden lassen, die mittelfristig erlauben, wieder etwas aufzubauen. «Das Emmental muss eine kräftige Stimme haben», sagte Matthias Moser.

Neues aus dem «Schloss» Regierungsstatthalter Markus Grossenbacher orientierte, dass der Regierungsrat des Kantons Bern den Termin für die Bezirksreform auf den 1. Januar 2010 festgelegt habe. Die Justizreform wird ein Jahr später in Kraft gesetzt. Das oberste Ziel ist, die Dienstleistungen für die Gemeinden zu

Pro Emmental – wie weiter?

Geschäftsführer Matthias Moser orientierte die Gemeindepolitiker über den Stand der Dinge bei der Organisation Pro Emmental und er meinte, dass für die Marke «Emmental» Mittel bereitgehalten werden müssen. Er tat seine Hoffnung kund, dass sich Geldquellen finden lassen, die mittelfristig erlauben, wieder etwas aufzubauen. «Das Emmental muss eine kräftige Stimme haben», sagte Matthias Moser.



Regierungsstatthalter Markus Grossenbacher (rechts) lud zum Herbsttreffen der Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten nach Lützelflüh. Gastreferent war Nationalrat Hans Grunder (Bildmitte). Bild: bhw

erhalten. Neu wird der Kanton mit den Verwaltungsregionen eine Leistungsvereinbarung treffen. Dies könnte gerade für die dezentralen Verwaltungen eine Stärke sein, meinte Markus Grossenbacher. Für das Schloss Trachselwald hat der Kanton das Kaufangebot zurückgezogen. Markus Grossenbacher dankte den Gemeindevertretern für das Engagement zugunsten des alten Kulturobjektes. Bestimmt werde sich nun eine geeignete Nutzung für das geschichtsträchtige Schloss finden.

Neues aus dem «Schloss»

Regierungsstatthalter Markus Grossenbacher orientierte, dass der Regierungsrat des Kantons Bern den Termin für die Bezirksreform auf den 1. Januar 2010 festgelegt habe. Die Justizreform wird ein Jahr später in Kraft gesetzt. Das oberste Ziel ist, die Dienstleistungen für die Gemeinden zu

erhalten. Neu wird der Kanton mit den Verwaltungsregionen eine Leistungsvereinbarung treffen. Dies könnte gerade für die dezentralen Verwaltungen eine Stärke sein, meinte Markus Grossenbacher. Für das Schloss Trachselwald hat der Kanton das Kaufangebot zurückgezogen. Markus Grossenbacher dankte den Gemeindevertretern für das Engagement zugunsten des alten Kulturobjektes. Bestimmt werde sich nun eine geeignete Nutzung für das geschichtsträchtige Schloss finden.

Für das Schloss Trachselwald hat der Kanton das Kaufangebot zurückgezogen. Markus Grossenbacher dankte den Gemeindevertretern für das Engagement zugunsten des alten Kulturobjektes. Bestimmt werde sich nun eine geeignete Nutzung für das geschichtsträchtige Schloss finden.

Besichtigung Bemo

Nach dem offiziellen Teil besichtigten die Politiker die Bemo Handels AG in Lützelflüh. Von der Geschäftsleitung

zeigten Ernst Mosimann, Livia Mosimann, Daniel Schmutz und Philipp Held den interessierten Besuchern, was sich hinter den grossen Lagerhallen verbirgt und was beim Handel mit Möbeln so alles wichtig und entscheidend ist. Nach einer erlebnisreichen Rösslifahrt durch die Gemeinde Lützelflüh bis zum Restaurant Thalsäge, konnten alle ein feines Nachtessen geniessen. Zahlreiche Gespräche fanden über den Tellerrand hinweg statt und viele Beziehungen wurden aufgefrischt oder neu geknüpft. Mit klangvollen Liedern bot das «Thalgrabe-Chörli» den Gästen einen musikalischen Ohrenschnaus und setzte so den Schlusspunkt hinter das traditionelle Herbsttreffen. Barbara Heiniger

Kinder, Familien und ein gutes Bildungssystem

Daniel Steiner-Brütsch, Grossrat, Langenthal. Daniel Steiner, Grossrat und Präsident der EVP Langenthal-Oberaargau, macht im Berner Rathaus nicht lange Federlesens: Ende Juni trat er die Nachfolge von Erwin Sommer an, am 1. September wurde er als Grossrat vereidigt, und noch am selben Tag reichte er drei Vorstösse ein. Und zwar solche, die in der Bernischen Bildungs- und Familienpolitik einiges bewegen könnten.

Im Gespräch mit dem «Unter-Emmentaler», Ende Juni, verriet der damals frischgebackene Grossrat Daniel Steiner ohne Umschweife, dass er sich insbesondere in den Bereichen Bildung und Familie einsetzen wolle. Zwar habe er Ziele, doch seien seine Ideen noch nicht ganz reif für die Öffentlichkeit. Zu sagen ist, dass er damals erst seit kurzer Zeit wusste, dass der gebürtige Oeschbacher im Grossrat die Nachfolge von Erwin Sommer antreten würde. Nun, Daniel Steiner liess nicht lange warten, bis er seine ersten

Vorstösse ans Licht rückte. Am 1. September, just am Tag, als er in Bern zum Grossrat vereidigt wurde, reichte er auch schon drei gewichtige Motionen ein – zum Schutz der Kinder und Jugendlichen, gegen das «Armutrisiko Kinder» und für eine einheitlichere Qualität der Abschlüsse an den Maturitätsschulen. Das heisst:

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung im Internet (Motion): Für Kinder und Jugendliche sei der Umgang mit Inter-

net, Instant Messenger oder Handy selbstverständlich, stellte der Familienvater und Dozent für Mathematik an der Pädagogischen Hochschule in Zürich, fest. Und: Allein im Kanton Bern würden jährlich rund 150 Personen wegen sexuellen Handlungen mit Kindern angezeigt – Tendenz steigend, und die erfolgten Anzeigen würden wohl nur die Spitze des Eisbergs aller Delikte umfassen. Daniel Steiner fordert, die Problematik mit gezielten und verstärkten Massnahmen anzugehen; insbesondere seien vermehrte Anstrengungen im schulischen Umfeld vorzunehmen. «Im Gegensatz zu anderen Kantonen (zum Beispiel Solothurn und Aargau), in denen die Informationsbroschüre «click it!» systematisch an Eltern und Schüler/innen abgegeben wird, geschieht dies im Kanton Bern nur punktuell», schreibt er unter anderem im Vorstoss.

Bildungsstandards für Maturitätsschulen (Motion):

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Grundlagen und Voraussetzungen für die Einführung von Bildungsstandards für Maturitätsschulen zu schaffen und dem Grossen Rat zum Entscheid vorzulegen. Damit soll eine logische Fortsetzung von HarmoS auf der Sekundarstufe II vollzogen und eine einheitliche Qualität der Maturitätsabschlüsse gesichert werden. Daniel Steiner begründet dies damit, dass verschiedene Länder, unter ihnen auch die Schweiz, für die (Volks)schulen verbindliche nationale Bildungsstandards einführen würden, wie im Kanton Bern unter anderem das HarmoS-Konkordat oder die neue Mittelschulgesetzgebung, welche per 1. August dieses Jahres in Kraft trat. Die Maturitätsschulen seien allerdings vom HarmoS-Konkordat ausgenommen. Doch der Frage, ob Bildungsstandards auch für Maturitätsschulen eingeführt werden sollen, könne sich die Politik nicht entziehen. In der Mo-

tion steht unter anderem: «Studien, die den Maturitätsschulen ein gutes Zeugnis ausstellen, können nicht darüber hinweg täuschen, dass die Hochschulen unzufrieden sind: Sie beklagen sich immer heftiger über die «Studienunfähigkeit» und mangelnden Vorkenntnisse ihrer Studienanfänger. Dass bei den in den vergangenen Jahren vermehrt eingeführten ersten Zwischenprüfungen an Schweizer Universitäten heute regelmässig 30 bis 40 Prozent der Studienanfänger scheitern, muss beunruhigen. Die Nachricht schliesslich, dass an verschiedenen Hochschulen in einigen Fächern Eignungsabklärungen obligatorisch werden, müssen die Maturitätsschulenebenfalls zum Nachdenken anregen: Die Gefahr besteht, dass mit Zugangsbeschränkungen an Hochschulen die Maturität abgewertet und der allgemeine Hochschulzugang unterwandert wird.» «Der Kanton Bern könnte mit einer kantonalen Regelung von Bildungsstandards für Maturitätsschulen die Grundlage für eine interkantonale Regelung legen», ist Daniel Steiner überzeugt. Er verlangte für den Vorstoss Dringlichkeit.

Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien als wirksames Mittel gegen Familienarmut:

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für Ergänzungsleistungen an einkommensschwache Familien zu schaffen. Familien seien besonders stark von Armut betroffen, begründet Grossrat Steiner in der Motion. Schätzungen gingen davon aus, dass in der Schweiz 200 000 bis 250 000 arme Kinder leben. «Dabei beeinträchtigt Armut in hohem Masse die Entwicklungs- und Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen», schreibt Daniel Steiner. Die Schweiz kennt seit 1948 eine Alters- und Invalidenversicherung. Ihr ursprüngliches Ziel war es, den Exis-



Grossrat Daniel Steiner. Bild: zvg

tenzbedarf im Alter und bei Invalidität angemessen zu decken. Weil dieses Ziel jedoch nicht erreicht wurde, wurden im Jahr 1966 die Ergänzungsleistungen eingeführt. Die Leistungen sind bedarfsabhängig und müssen schriftlich und unter Offenlegung der finanziellen Situation eines Haushalts beantragt werden. Die Ergänzungsleistungen haben wesentlich dazu beigetragen, die Armut im Alter zu reduzieren. In einigen Kantonen kommen Ergänzungsleistungen nach einem ähnlichen Modell auch für Familien bereits zum Tragen, und auf Bundesebene sind parlamentarische Initiativen abhängig (siehe Kasten). Zusammenfassend hält Daniel Steiner in seiner Motion fest, dass der Kanton Bern beim Thema «Familienarmut» Nachholbedarf habe, dass er in der aktuellen Ausgangslage die Chance hätte, aus den Erfahrungen verschiedener Kantone Lehren zu ziehen und ein optimiertes «Berner Modell» zu konzipieren und überdies nicht die unsichere Entwicklung auf Bundesebene abwarten, sondern die Initiative zu einer eigenen kantonalen Regelung ergreifen sollte. Liselotte Jost

Aktuelles Thema

Ergänzungsleistungen für Familien.

Um die Familienarmut zu reduzieren, hat der Kanton Tessin in der Mitte der 1990er Jahre das System der Ergänzungsleistungen übernommen und auf einkommensschwache Familien übertragen. Mit der Einführung der Zulagen konnte die Armut im Kanton Tessin deutlich gesenkt werden. Zurzeit kennen 14 Kantone entsprechende Leistungen. Die Höhe und die Bezugsdauer dieser Bedarfsleistungen sind jedoch sehr unterschiedlich. In einzelnen Kantonen decken sie nicht einmal den Mindestbedarf eines Kindes. Gegenwärtig läuft im Kanton Solothurn die Vernehmlassung zu einer kantonalen Regelung der Familienergänzungsleistungen. Mit verschiedenen Anreizsystemen sollen

aber auch Arbeitsanstrengungen belohnt und gefördert werden. Auf Bundesebene sind parlamentarische Initiativen hängig, welche Ergänzungsleistungen für Familien nach dem «Tessiner Modell» fordern. Der Nationalrat hiess die Initiativen gut und beauftragte eine Subkommission mit deren Umsetzung. 2005 legte die Subkommission einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vor. Dieser sieht als Kriterium für die Ausrichtung von Ergänzungsleistungen eine Erwerbstätigkeit vor. Die Subkommission entschied sich danach für ein schrittweises Vorgehen. Zuerst sollte das Bundesgesetz über die Kinderzulagen zur Volksabstimmung gebracht werden. Deshalb wurden die Arbeiten vorübergehend sistiert. Verschiedene Gruppierungen fordern nun eine Wiederaufnahme der sistierten Gesetzesarbeiten. ljw